Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang Freitag, 21. Januar 1921 Nummer 34 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erſcheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition ſelbſt abgeholt 8,50 M. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland und Öſterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufſchlag, per Brief für Deutſchland und Öſterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 6,— M. einſchließlich Teuerungszuſchlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einſchließlich Teuerungszuſchlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernſprecher: Zentrum 2030, 2845, 4516, 4603, 4635, 4640, 4922

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Der ungariſche Brandherd

Die Reaktion an der Arbeit

Frankreichs zweideutige Politik

TU. Budapeſt, 21. Januar.

Der Oberkommiſſar der franzöſiſchen Miſſion, Fouchet, der aus Paris zurückgekehrt iſt, erklärte, daß vorläufig von einer Reviſion des Friedensvertrages von Trianon nicht die Rede ſein könne. Frankreich ſympathiſiere jedoch ſtark mit Ungarn, ſodaß alle Vorausſetzungen für die Mithilfe Frankreichs am Wiederaufbau Ungarns gegeben ſeien.

Monarchiſtiſche Rüſtungen — Ungariſch-franzöſiſche Kampfpläne — Die Budapeſter Terrormaſchine

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit")

Wien, 20. Januar.

Die britiſche Militärmiſſion berichtete nach London, daß die ungariſche Armee nur aus 28 000 Mann beſtehe, obwohl der Friedensvertrag 35 000 zugibt. Es wurde aber feſtgeſtellt, daß vor dem Eintreffen der Militärmiſſion überall Soldaten in großen Maſſen beurlaubt wurden. So wurden z. B. in der Stadt Miskolc Soldaten auf drei Tage zum Holzfällen ins Gebirge beordert.

Es ſoll in Budapeſt eine große legitimiſtiſche Partei gegründet werden, um die Habsburger zurückzubringen. Zu dieſem Zwecke verbindet ſich die Ariſtokratie mit den übelſten terroriſtiſchen Elementen. Graf Andraſſy und Apponyi, die als liberale Politiker galten, verbündeten ſich mit Heijas und mit den Führern der „erwachenden Magyaren". Die jüdiſchen Kreiſe werden mit der Drohung von Pogromen zum Anſchluß an die „Legitimation" bewogen. Große Summen aus der Schweiz ſtehen Andraſſy zur Verfügung. Andraſſy will eine große Partei und eine bewaffnete Macht zuſammenbringen, um in einem vom internationalen Geſichtspunkt aus günſtigem Augenblick einen Putſch zugunſten des Hauſes Habsburg zu machen. Man agitiert mit dem Beiſpiel des Griechenkönigs Konſtantin und erklärt, daß die Entente ſich einer vollzogenen Tatſache gegenüber fügen wird.

Die ganze legitimiſtiſche Politik hofft im Frühjahr auf einen Krieg mit Sowjetrußland, in dem die europäiſche Reaktion auf Ungarns Hilfe angewieſen ſein ſoll. Der franzöſiſche Geſchäftsträger Fouchet beſtärkt die ungariſche Regierung in ihrem Widerſtand bezüglich der Nichtherausgabe Weſtungarns. In Budapeſt wird eine andere franzöſiſche Politik gemacht als in Paris.

Die verurteilten Volkskommiſſare ſind einem ſehr ſtrengen Gefängnisregime unterworfen. Sie wurden in Ketten geſchloſſen und in ein ſchlechtes Gefängnis abgeführt. Sie müſſen Häftlingskleider tragen, erhalten weder Buch noch Nahrung noch Beſuch. In Budapeſt werden öffentliche Plakate angeſchlagen und Flugblätter verteilt, die die Hinrichtung der Volkskommiſſare fordern und erklären, daß, wenn Sowjet-Rußland zu Vergeltungsmaßregeln ſchreiten würde, man die Familienmitglieder und Angehörigen aller Volkskommiſſare hinrichten ſolle.

Es werden jetzt wieder tagtäglich aus der Donau neue Leichen herausgefiſcht, Leute verſchwinden aus ihren Wohnungen. Die Gewerkſchaft der Buchdrucker wurde vor drei Wochen aufgelöſt. Vor drei Tagen wollte man die Gewerkſchaftsführer verhaften, worauf die Zeitungsſetzer in den Streik traten. Hiernach wurde der Verhaftungsplan fallen gelaſſen. Es iſt dies der erſte politiſche Streik ſeit dem Sturz der Räteregierung.

Die Mitteilungen unſeres Wiener Korreſpondenten laſſen die reichlich dunkel gehaltenen Aeußerungen des franzöſiſchen Geſchäftsträgers Fouchet nach ihrem wirklichen Sinne erkennen. Frankreich lehnt es zwar ab, den Frieden von Trianon gegenwärtig einer Reviſion zu unterziehen, es muntert aber die Horthyſche Mörderregierung unzweideutig auf, ihre Politik fortzuſetzen, die ihre Spitze nicht nur gegen die niedergehaltene Arbeiterklaſſe und die jüdiſche Bevölkerung, ſondern auch nach außen hin gegen Deutſchöſterreich und Sowjetrußland richtet. Während einerſeits die Entwaffnung der ungariſchen Heeresmacht, unter offenſichtlicher Duldung der ausführenden Organe der Entente, **nur auf dem Papier vorgenommen wird,** weil dieſe Heeresmacht von den franzöſiſchen Militariſten für einen neuen Aufmarſchplan gegen Sowjetrußland gebraucht wird, ſabotiert der franzöſiſche Geſchäftsträger Fouchet die Beſchlüſſe des Botſchafterrates, die die Herausgabe Weſtungarns an die Republik Deutſchöſterreich vorſchreiben.

Dieſe Haltung des franzöſiſchen Vertreters in Budapeſt iſt ein internationaler Skandal. Die franzöſiſche Regierung täte gut, ihre ungariſche Politik einer ſchleunigen Reviſion zu unterziehen, wenn ſie ſich nicht dem Vorwurf ausſetzen will, daß ſie im Intereſſe der Wiederherſtellung der Habsburger Monarchie und der Stärkung der internationalen Gegenrevolution ein Doppelſpiel in Budapeſt treibt, das den ungariſchen Brandherd zu einer ungeheuren Gefahr für den europäiſchen Frieden macht.

Die Orgeſch in Sachſen

Der Landesvorſtand der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei für den Freiſtaat Sachſen hat ſoeben eine Dokumentenſammlung herausgegeben über die Organiſation Eſcherich im Freiſtaat Sachſen. Das Material iſt abſolut zuverläſſig und erbringt den klaren Beweis, daß die Orgeſch eine geheime militäriſche Organiſation iſt, die ſich die Wiederherſtellung der Monarchie zum Ziel geſetzt hat. **Die Orgeſch iſt nach ſtreng militäriſchen Geſichtspunkten aufgebaut.** Ihre Leiter wiſſen genau, daß die Organiſation gegen das Entwaffnungsgeſetz und den Erlaß Eberts über die Bildung bewaffneter Banden verſtößt, und ſie haben aus dieſen Gründen im ſchriftlichen Verkehr die Anwendung einer Schlüſſelſchrift befohlen. **Die Bureauleiter haben die Verpflichtung, alle Schriftſtücke nach Kenntnisnahme bis zur Unkenntlichkeit zu vernichten.** Im Telephonverkehr wird größte Vorſicht empfohlen, militäriſche Anreden dürfen nicht gebraucht werden. Der Inhalt iſt zu verſchleiern.

Die Orgeſch wendet ſich bei der Werbung grundſätzlich nur an Angehörige der rechtsſtehenden Parteien. Folgende Verbände gelten als abſolut zuverläſſig: Der Bund der Landwirte, die Vereine junger Landwirte, der Deutſche Offizierbund, die Innungsausſchüſſe des Handwerks, die Mittelſtandsorganiſationen, die Vereinigung von Induſtriellen, **die Chriſtlich-nationalen Gewerkſchaften.** Von den politiſchen Organiſationen, die nach außen hin neutral auftreten, gelten als zuverläſſig: **Der Alldeutſche Verband,** der Deutſchvölkiſche Schutz- und Trutzbund, die Bürgerräte und Bürgervereine. Auch die nationaliſtiſchen Turn-, Sport-, Ruder- und Schützenvereine, ſowie die Militär- und Regimentsvereine werden als vertrauenswürdig angeſehen.

Ueber die militäriſche Organiſation ſteht folgendes feſt: In ganz Sachſen werden die geworbenen Mannſchaften zu kampffähigen Einheiten zuſammengefügt. Das Land iſt in verſchiedene Bezirke eingeteilt, in jedem ſoll eine Diviſion mit ſämtlichen Spezialgruppen aufgeſtellt werden. **Die Bekleidung erfolgt aus den Beſtänden der Reichswehr,** die Verpflegung wird ebenfalls nach den Sätzen der Reichswehr beſtimmt, ebenſo die Beſoldung. **Auch die Bewaffnung ſoll durch die Reichswehr** erfolgen, doch iſt das Mitbringen eigener **Handfeuerwaffen** dringend erwünſcht. **Alle erforderlichen Koſten werden nach den Richtlinien für die Stabsleiter aus Reichsmitteln beſtritten.** Die Reichsregierung muß alſo über die Ziele der Orgeſch genau unterrichtet ſein, ſie billigt dieſe Organiſation und hat mit ihr beſtimmte Abmachungen getroffen. Auch das Reichswehrminiſterium hat Kenntnis von dem Beſtand und den Abſichten der Orgeſch und hat ihr ſeine Unterſtützung zugeſagt. An dieſer Tatſache iſt nach dem Bekanntwerden der Dokumente aus Sachſen nicht mehr zu rütteln. Ein Mobilmachungsplan der Orgeſch für den Kreis Meißen beſagt u. a. folgendes:

„Die Bewaffnung der aufgeſtellten Abteilungen ſoll in der Weiſe erfolgen, daß die Führer ſofort nach Sammeln Wagen unter der Bedeckung von mit Handwaffen verſehenen Mannſchaften nach Meißen **in die Kaſerne ſchicken** und die Waffen abholen. In der Kaſerne ſind alſo noch niederzulegen **wenigſtens 450 Gewehre, 50 000 Schuß, 15 leichte M. G. mit gegurteter Munition und Käſten,** pro leichtes M. G. ein Gurtfüller und eine Werkzeugtaſche, 20 Leuchtpiſtolen mit weißen und roten Patronen. **In der Kaſerne jetzt vorhanden: 10 ſchwere M. G., 350 Gewehre, 500 Schuß. Es fehlen völlig die Handfeuerwaffen.**"

Will es die Regierung wagen, nach dieſen Tatſachen noch abzuſtreiten, die Orgeſch verſtoße nicht gegen den Friedensvertrag und das Abkommen von Spaa? Sie wird es ſicherlich verſuchen, aber ihren Beteuerungen iſt keine Bedeutung beizumeſſen, denn es ſteht feſt, daß ſie ſich dem Diktat der Deutſchen Volkspartei gefügt hat und ihre Aufgabe darin erblickt, **den Schrittmacher der monarchiſtiſchen Reſtauration zu ſpielen.**

Ausgleichsverhandlungen. In Paris haben Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen, über die Verrechnung der gegenſeitig während des Krieges beſchlagnahmten Güter, ſtattgefunden. Von der Entente wurde gefordert, daß eine Bezahlung der rückſtändigen Beträge von Deutſchland erfolgen müſſe, ehe überhaupt in Verhandlungen eingetreten werden könne. Die deutſche Regierung hat darauf die rückſtändig geforderten Beträge bezahlt. Die Verhandlungen gehen weiter.

Viktor Kopp nicht abberufen. Wir erhalten von der offiziellen ruſſiſchen Vertretung in Berlin folgende Notiz: „Die geſtern anläßlich der erfolgten Abreiſe Viktor Kopps nach Moskau durch einige Zeitungen verbreitete Mitteilung, daß Viktor Kopp angeblich von ſeiner Regierung abberufen worden ſei, entſpricht keinesfalls der Wahrheit."

Regierungskriſe in Perſien. Die „Times" meldet aus Teheran den Sturz des perſiſchen Kabinetts.

Zur Oberbürgermeiſterwahl

Die Wahl des Kämmerers Böß zum Oberbürgermeiſter der Stadtgemeinde Berlin iſt von der Berliner Preſſe ohne weſentlichen Kommentar aufgenommen worden. Die „Deutſche Tageszeitung" ſagt nur, daß auch Herr Böß ſeines Sieges nicht recht froh werden wird; er ſei nicht die Perſönlichkeit, die Berlin retten könne, ſoll heißen, nicht der ſtarke Mann und mit der ſtarken Fauſt, wie ihn die „Deutſche Tageszeitung" ſich wünſcht. Damit ſpricht dieſes Blatt nur aus, was auch ſchon die Erklärung der Deutſchnationalen Partei in der Stadtverordnetenverſammlung enthält. Bemerkenswert iſt die Aeußerung des „Berliner Tageblatts" über das Wahlergebnis. Es ſchreibt:

> „Wenn Herr Dr. Weyl gegen Herrn Böß unterlag, **ſo verdient dafür in erſter Reihe die Mehrheitsſozialdemokratie Anerkennung.** Sie hat ſich im kritiſchen Augenblick nicht von doktrinären Erwägungen, ſondern von Rückſichten auf die allgemeine Wohlfahrt der Berliner Gemeinde leiten laſſen. So wählte ſie nicht den radikalen Parteimann, ſondern den Fachmann. Die Ausſichten der Einheitsgemeinde wären weniger unſicher, wenn die Einſicht von der Notwendigkeit des Zuſammenarbeitens mit dem demokratiſchen Bürgertum ſich bei der Mehrheitsſozialdemokratie ſchon früher durchgeſetzt hätte."

Damit ſtellt ſelbſt das bürgerliche Blatt feſt, daß die Rechtsſozialiſten abgegangen ſind von dem bisherigen Wege, in den Berliner Magiſtrat Sozialiſten zu ſchicken. Sie hätten den Fachmann gewählt, den ſie früher nicht als Magiſtratsmitglied haben wollten. Und es iſt eine ſchallende Ohrfeige für die Rechtsſozialiſten und ihre Politik, wenn das demokratiſche Blatt den Rechtsſozialiſten für ihr Wohlverhalten Anerkennung ausſpricht. Wenn es ſchon ſoweit gekommen iſt, daß bürgerliche Parteien einer ſozialdemokratiſchen Partei Anerkennung ausſprechen können, ſo beweiſt das mehr, als die ſchärfſte Kritik zu ſagen vermag.

Die Rechtsſozialiſten ſuchen denn auch ihre Haltung zur Oberbürgermeiſterfrage zu bemänteln, indem ſie ſich auf die Perſon unſeres Kandidaten zurückziehen. Der „Vorwärts" ſchreibt:

> „Die Unabhängigen hätten einen ſolchen Wahlausgang verhindern können, wenn ſie unſerer Fraktion einen anderen Kandidaten präſentiert hätten. Anſtatt jedoch ſich über die Perſon ihres Oberbürgermeiſterkandidaten mit unſeren Genoſſen zu verſtändigen, zwangen ſie den letzteren Dr. Weyl auf. Sie handelten damit gegen ein vor einigen Monaten getroffenes Uebereinkommen, wonach die Kandidaten des erſten und zweiten Bürgermeiſters nur im gegenſeitigen Einverſtändnis nominiert werden können.
>
> Die Unabhängigen wurden auch bereits vor einigen Wochen nicht im unklaren gelaſſen, daß die ſozialdemokratiſche Fraktion unter keinen Umſtänden für Dr. Weyl ſtimmen werde. Sie hält dieſen Kandidaten ſchon wegen ſeiner mangelnden fachlichen Qualitäten nicht für geeignet, ein ſolches verantwortungsvolles Amt zu übernehmen. Außerdem dürfte hinreichend bekannt ſein, daß Dr. Weyl unſere Partei wiederholt in der gehäſſigſten Weiſe bekämpft hat.
>
> Noch in Erinnerung iſt ſein in der Wahlagitation zum Reichstag gemachter Ausſpruch, daß die Mehrheitsſozialdemokraten „den Sozialismus geſchändet" hätten und daß man ſich mit dieſen Leuten „nicht an einen Tiſch ſetzen" dürfe. Einen Mann, der ſich in ſo gehäſſiger Weiſe gegen unſere Partei benommen hat, konnten unſere Genoſſen unmöglich für ein ſo wichtiges Amt wählen.
>
> Die unabhängige und kommuniſtiſche Preſſe wird wieder wie auf Kommando über den „Verrat der Rechtsſozialiſten" ſchreien. Das kann uns nicht hindern, ſo zu entſcheiden, wie wir es nach Lage der Verhältniſſe für erforderlich halten. Wie wenig namentlich die Kommuniſten die ſchwere Stellung des ſozialiſtiſchen Magiſtrats in ihren Maßnahmen berückſichtigen, geht aus ihrer politiſchen Tätigkeit im Roten Hauſe zur Genüge hervor. Und die Unabhängigen ſind wahrlich nicht von dieſer lächerlichen Politik abgerückt, ſondern haben aus Angſt, unpopulär zu werden, die Dummheiten ihrer Brüder von links mitgemacht. Durch eine ſolche Politik gerät der Magiſtrat in eine immer ſchwierigere Stellung. Man wird daher das Geſchrei aus dem unabhängigen und kommuniſtiſchen Lager über die Haltung unſerer Genoſſen bei der Oberbürgermeiſterwahl ſehr kühl und nüchtern zu bewerten haben."

Die Antwort auf dieſe „Verteidigung" iſt ſchon durch die Würdigung des „Berliner Tageblatts" genügend charakteriſiert. Wenn die Rechtsſozialiſten ſich auf die mangelnden fachlichen Qualitäten unſeres Kandidaten zurückziehen, ſo hätten ſie von demſelben Geſichtspunkt aus Abſtand davon nehmen müſſen, Mitglieder in den Magiſtrat zu wählen, denen die Verwaltungseigenſchaften nicht angelernt ſind. Und ſie hätten dann auch abſehen müſſen, Parteileute in den Magiſtrat zu entſenden. Was die Rechtsſozialiſten heute von unſerem Kandidaten ſagen, haben die bürgerlichen Parteien von dem Kandidaten für den Bürgermeiſterpoſten, Herrn Ritter, auch geſagt.

Und nun gar die die Rechtsſozialiſten verärgernden Bemerkungen Weyls. Warum denken ſie nicht an die Attacke Böß gegen die ſozialdemokratiſche Fraktion, die er wiederholt unternommen hat, das hätte doch viel näher gelegen.

Die Rechtsſozialiſten können ſich drehen und wenden, wie ſie wollen. Durch die Wahl Böß' zum Oberbürgermeiſter von Berlin haben ſie die Gegner des Kommunaliſierungsgedankens geſtärkt und ſich den Dank und die Anerkennung des Bürgertums geſichert.

Die Berliner Arbeiterſchaft wird ſich dieſe Haltung der Rechtsſozialiſten merken, und ſie wird ſich immermehr davon überzeugen, daß wirklich ſozialiſtiſche Arbeit nur im

Gegenſatz zum Bürgertum geleiſtet werden kann, und zwar im Kampf mit allen bürgerlichen Gegnern, und nicht in Gemeinſchaft mit ihnen. Das iſt die Lehre, welche die Arbeiter aus der Oberbürgermeiſterwahl ziehen werden.

Die franzöſiſche Politik

Wenn man die Regierungserklärung Briands des rethoriſchen Schwunges entkleidet, ſo bleiben für die deutſche Politik Frankreich gegenüber im weſentlichen dieſelben Vorausſetzungen beſtehen, wie unter Briands Vorgängern. Und das iſt auch nur natürlich, denn die Grundlage jeder deutſchen Außenpolitik iſt durch den Verſailler Vertrag beſtimmt. Es kann ſich nur um Gradunterſchiede in der Anwendung ſeiner Beſtimmungen handeln.

Spekulationen auf das Auseinanderfallen der Entente ſind vorläufig ohne jeden realen Wert. Selbſtverſtändlich gibt es unter den Alliierten Differenzen, die ihren Urſprung vor allem in der Verſchiebung wirtſchaftlicher Machtgeltungen haben, die ſich politiſch auszuwirken beginnen. Sie ſind aber nicht derart, daß binnen kurzem mit einem Auseinanderfallen der Entente zu rechnen wäre. Ganz beſonders ſtark und nachdrücklich hat Briand das Bündnisverhältnis unterſtrichen, und zwar in erſter Linie das engliſch-franzöſiſche. Briand ſagte: „Das enge Bündnis mit England iſt die Grundlage unſerer auswärtigen Politik.“ Mit dieſem Satz iſt die franzöſiſche Politik ſcharf umriſſen und die deutſche Politik wird damit rechnen müſſen, daß Briand, klüger als Poincaré und geſchickter als Leygues, dieſe Grundlage der franzöſiſchen Politik auch feſtigen wird.

In der Politik gegen Sowjet-Rußland betritt Briand die Wege ſeiner Vorgänger inſofern, als er nur eine ruſſiſche Regierung anerkennen will, die die von der zariſtiſchen Regierung übernommenen Verpflichtungen hält. Die 20 Milliarden ſind noch nicht verſchmerzt. Dagegen erklärte ſich Briand gegen jede Intervention, allerdings mit der ſehr ſtarken Einſchränkung, den Verbündeten beizuſpringen, wenn ſie von Sowjet-Rußland angegriffen werden ſollten. Das iſt zweideutig, da über Angriff oder Abwehr ſich unter Kriegsgegnern nie Uebereinſtimmung wird erzielen laſſen.

In Bezug auf die inneren Probleme iſt Briand ſehr wortkarg geblieben. Die Sorge des 20-Milliarden-Defizits, das nicht zuletzt durch die Heeres- und Expeditionsausgaben ſo groß geworden iſt, wird mit ein paar allgemeinen Wendungen abgetan. Auch das Miniſterium Briand erhofft erſt von der Durchführung der deutſchen Zahlungen die Sanierung des franzöſiſchen Staatshaushalts. Und dieſe eigene Not iſt es, die Frankreichs auswärtige Politik beſtimmt.

*

Die Regierungserklärung Briands, von der wir einen Teil bereits in unſerer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten, verbreitet ſich weiter über das Verhältnis Frankreichs zu Italien, den Vereinigten Staaten und Belgien. Bei Amerika wird beſonders die Hoffnung betont, daß es Frankreich bei der Wiederherſtellung der Kriegsſchäden dieſelbe unſchätzbare Unterſtützung werde angedeihen laſſen, wie in dem großen Kriege. Die ſtrikte Durchführung der Friedensverträge zwiſchen all den Staaten, die aus dem Zerfall des öſterreichiſch-ungariſchen Reiches entſtanden ſind, ſoll nicht vernachläſſigt und die Abmachungen durchgeführt werden, die den wirtſchaftlichen Aufbau dieſer Länder ermöglichen. Die Lage im Orient ſoll mit Aufmerkſamkeit verfolgt werden.

Ueber Rußland heißt es in der Regierungserklärung wörtlich: Die Opfer, die die große ruſſiſche Nation zu Beginn des Krieges für die Freiheit der Welt gebracht hat, haben wir nicht vergeſſen. Wir werden ihr dafür unwandelbare Dankbarkeit bewahren. Aber unter den gegenwärtigen Umſtänden werden wir ebenſo wenig wie unſere Vorgänger die Sowjet-Regierung anerkennen, ſo lange in Moskau kein Regime beſteht, das in Wirklichkeit das ruſſiſche Volk darſtellt, und das bereit iſt, die Verpflichtungen zu halten, die die frühere Regierung dieſes Landes übernommen hat. Der Bolſchewismus in Rußland muß auf ſeine Grenzen beſchränkt bleiben. Wir haben nicht das Recht, in Rußland zu intervenieren, aber es iſt uns unmöglich, zuzulaſſen, daß die Sowjetarmee unſere Verbündeten angreift. Schließlich liegt der Regierung der Republik die Verpflichtung ob, überall da, wo die großen internationalen Intereſſen in Frage kommen, für die Intereſſen unſeres Landes Vorſorge zu treffen. Das iſt das Programm der auswärtigen Politik, das wir Ihrer Billigung unterbreiten.

Die Erklärung betont ferner, daß zur Verteidigung der franzöſiſchen Intereſſen die Erhaltung der militäriſchen Macht notwendig ſei. Sie müſſe aber wegen der damit verbundenen ſtarken Belaſtung des Landes auf das notwendigſte Maß beſchränkt werden. Die Stärke Frankreichs liege weſentlich darin, daß es ſeine Finanzen geſund erhalte. Die Erklärung ſagt darüber: Wir ſind entſchloſſen, in unſere Finanzen, die durch den Krieg in große Verwirrung geraten ſind, Ordnung, Regelmäßigkeit und Klarheit wieder einzuführen. Aber wenn wir hoffen können, durch die Maßnahmen, bezüglich deren wir uns mit Ihrer Finanzkommiſſion beraten werden, die finanzielle Kriſe zum Stillſtand zu bringen, ſo iſt es weſentlich, um ſie ſchleunigſt zu beenden, daß der Staatsſchatz nicht mehr die Reparationen zu übernehmen hat, die Deutſchland ſchuldig iſt.

Nachdem die Regierungserklärung Briands den wirtſchaftlichen Wiederaufbau des Landes ſtreift, die eine wertvolle Unterſtützung in der Nutzbarmachung der Quellen finde, die die Kolonien bieten, geht ſie zur Politik den Arbeitern und Beamten gegenüber über und ſagt darüber: Die Regierung iſt entſchloſſen, den Arbeitern dieſes Landes, die voller Patriotismus an dem Werk des Krieges mitgearbeitet haben und deren Ruhe und Klugheit eines der Hauptelemente der moraliſchen Stärke Frankreichs ſind, die inmitten der ſozialen Erſchütterungen in der gegenwärtigen Stunde von der ganzen Welt bewundert werden, den weiteſtgehenden Kredit zu gewähren. Sie haben in der Tat begriffen, daß eine andere Haltung nur die Wirkung hätte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrößern und die Verbeſſerung ihrer Lage aufzuhalten. Die Regierung, die die Einwirkungen der wirtſchaftlichen Kriſe auf die Arbeiterwelt aufmerkſam verfolgt, iſt es dieſer ſchuldig, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um der peinlichen Lage derjenigen, die feiern mußten, abzuhelfen und die Mittel zu ſuchen, unſerer Induſtrie das volle Vertrauen wiederzugeben.

Die Politik der Reformen, die wir auf allen Gebieten zu verwirklichen beabſichtigen, ſetzt das regelmäßige und ſtändige Funktionieren des öffentlichen Dienſtes voraus, von dem das Leben der Nation abhängt. Es iſt wichtig, daß die Beamten ihre Rechte und Pflichten in neuen Regeln feſtgelegt ſehen, und daß ſie das Mandat, das ſie von der Nation haben, ausführen, ohne es jemals gegen die Nation verwenden zu können. Den lokalen und ſtädtiſchen Parlamenten, deren Tätigkeit während des Krieges ſo nützlich geweſen iſt, werden wir mehr Freiheit geben. Um dieſes Reformprogramm durchzuführen, muß die Regierung ſich auf eine ſtarke Mehrheit ſtützen. Wir haben den Ehrgeiz, dieſe Mehrheit zu ſchaffen. Zu dieſem Zweck appellieren wir an die Einigkeit aller Republikaner und aller Vertreter der Parteien, die auf dem Boden der Republik ſtehen. Wir lehnen die Unterſtützung derer ab, die durch Gewalt die Umwandlung der Geſellſchaft verſuchen, ebenſo wie die Unterſtützung derjenigen, die dem demokratiſchen Regime einen Schlag verſetzen wollen. Geſtützt auf Ihre Mitarbeit, auf die wir zählen, und auf die notwendige Diſziplin, werden wir unſer Amt in der Republik führen, für ganz Frankreich, wobei wir alle Bürger zur Achtung vor ihren Einrichtungen auffordern. Das iſt das Werk, zu dem die Regierung Sie einladet. Um es zu gutem Ende zu bringen, brauchen wir Ihr ganzes Vertrauen. Wir ſind überzeugt, daß es uns daran nicht fehlen wird.

Die Erklärung wurde wiederholt durch Beifall unterbrochen. Darauf wurden verſchiedene Interpellationen verleſen. Um 6½ Uhr wurde die Sitzung auf morgen vertagt. Auch im Senat wurde die Regierungserklärung mit großem Beifall aufgenommen.

Die Aufnahme in Kammer und Senat

Paris, 21. Januar.

Wie Havas meldet, waren in der geſtrigen Sitzung der Kammer über 450 Abgeordnete anweſend. Nach der Rede Briands verlas Peret die eingegangenen Interpellationen und fragte, ob die Regierung ſie beantworten wolle. Briand erklärte, daß die Regierung bereit ſei, alle Interpellationen zu beſprechen, er glaube aber, daß es vernünftig wäre, zunächſt die Interpellation über die allgemeine Politik vorzunehmen, an die ſich dann diejenigen anknüpfen könnten, die einen beſonderen Gegenſtand beträfen.

Als erſter ergriff Deves das Wort, der ſich bei der allgemeinen in der Kammer herrſchenden Unruhe nur ſchwer verſtändlich machen konnte. Er ſprach zunächſt Peret unter einſtimmigem Beifall der Kammer ſeine Anerkennung aus für ſeine Bemühungen, ein Miniſterium der nationalen Einheit zu bilden. Er entwickelte ſodann ein Programm der äußeren und inneren Politik, wie es der geſunde Menſchenverſtand von der franzöſiſchen Politik erfordere, beſonders betonte er die Notwendigkeit der Ausführung des Friedensvertrages durch Deutſchland, das an Frankreich zur Reparation ſeiner Schäden das zahlen müßte, wozu es ſich verpflichtet habe.

Im Senat wurde beſonders die Stelle der Rede Briands mit Beifall begrüßt, die von der Ausführung des Friedensvertrages und von der Haltung gegenüber dem bolſchewiſtiſchen Rußland ſpricht. Auch die Rückkehr zur Freiheit des Handels und des Ackerbaues wurde gut aufgenommen. Sonſt zeigte ſich aber, wie der „Matin“ meldet, verſchiedentlich Zurückhaltung. Als Marraud an die Unterſtützung einer ſtarken Majorität appellierte, wurde ihm von der Linken verſchiedentlich zugerufen: Welche? Der Präſident verlas ſodann zwei eingegangene Interpellationen Martin und Donon, die wegen der Abweſenheit Briands vertagt wurden.

Das Echo in England

Briands Kammerrede hat in der engliſchen Preſſe, wie „Ud. Tel.“ aus London meldet, eine gute Aufnahme gefunden. Das Lloyd George naheſtehende Blatt „Daily Chronicle“ gibt ſeiner Zufriedenheit Ausdruck, daß Briand die Notwendigkeit einer Zuſammenarbeit mit Frankreich und England zur Ausführung des Vertrages von Verſailles erkannt hat. Die Wiedergutmachungsfrage liege natürlich Frankreich mehr am Herzen als England, da England ſich bereits entſchloſſen hat, ſein Budget ſelbſt zu balanzieren, ohne darauf zu warten, ob und wann es eine Wiedergutmachung von Deutſchland erhalten werde, ſei dies für Frankreich mit ſeinen zerſtörten Gebieten eine Unmöglichkeit. Für Frankreich heiße es, ſein Budgetdefizit aus der deutſchen Entſchädigung zu decken, das ſei Lloyd George wohl bekannt. Die Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen beiden Regierungen hätten ſich ſtets nur auf die Mittel und Wege, aber nie auf das Tatſächlichſte, das Ziel erſtreckt. Es ſei zu hoffen, daß ſie auf der am Montag beginnenden Konferenz ganz aus der Welt geſchafft werden. Das Blatt warnt ſchließlich Deutſchland vor Verſuchen, zwiſchen England und Frankreich Zwietracht zu ſäen. Nur durch Beweis ſeiner Aufrichtigkeit könne Deutſchland hoffen, das Vertrauen der Alliierten zu erwerben.

Internationale Hilfe für Oeſterreich

Das wirtſchaftliche Elend Deutſchöſterreichs, das gegenwärtig ſeinen Höhepunkt erreicht hat, von dem aus eine Aenderung und Beſſerung aus eigenen Kräften völlig unmöglich iſt, ſcheint nun endlich poſitive Maßnahmen der Entente zu veranlaſſen. Beſonders Frankreich iſt lebhaft intereſſiert an der Hilfeleiſtung, nicht etwa aus Liebe zu Deutſchöſterreich, ſondern weil Frankreichs auswärtige Politik ſeit je ſtarke Stützpunkte an der Donau unterhielt. So meldet der Lyoner „Progrès“ aus Paris, daß die franzöſiſche und die engliſche Regierung neuerdings ſich dahin geeinigt haben, der am Montag in Paris zuſammentretenden Ententekonferenz eine internationale Hilfsaktion zugunſten Oeſterreichs vorzuſchlagen. Die Durchführung des Planes, der in einer Kreditbeſchaffung von nicht weniger als 250 Millionen Dollar beſtehe, werde jedoch in letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten Staaten abhängen.

Wie man in Amerika darüber, wie man überhaupt über die materielle Unterſtützung des notleidenden Europas denkt, geht aus einer Erklärung Wilſons vor dem Landwirtſchaftsausſchuß des amerikaniſchen Repräſentantenhauſes hervor: Die einzige Löſung der augenblickliche Depreſſion in den Vereinigten Staaten und der ganzen Welt iſt die Gewährung von Krediten an die bedürftigen Länder Europas, und zwar nicht unmittelbar durch die Regierung, ſondern durch die Bildung von Bankengruppen für die Finanzierung des Ausfuhrhandels und durch eine private Kreditmaſchinerie.

Das Staatsdepartement hat der Anſicht Ausdruck gegeben, daß von den alliierten Mächten keine Maßnahmen zur Löſung der bedrohlichen Lage in Oeſterreich getroffen werden können, ohne vorherige Beratung mit den Vereinigten Staaten. Bisher iſt nicht bekannt, inwieweit die Vereinigten Staaten bereit ſind, ſich an dem Plan zur Unterſtützung Europas zu beteiligen.

Auch Hoover erklärte in einer Rede, die Welt könne ſich nur erholen, wenn Amerika Europa auf einer ordentlichen und geeigneten Geſchäftsgrundlage Unterſtützung leihe. Die einzige Löſung ſeien langfriſtige Kapitalsanlagen im Auslande. Kurzfriſtige Kredite ſeien gefährlich für die geſamte Wirtſchaftslage der Welt.

Die Parteiſpaltung in der Tſchechoſlowakei. Der Aktionsausſchuß der deutſchen ſozialiſtiſchen Linken hat beſchloſſen, als Antwort auf die Entſcheidung des Reichsausſchuſſes ein Manifeſt zu erlaſſen, in dem die Einberufung des geforderten Parteitages durch den Aktionsausſchuß der Linken angekündigt wird und die Anhänger der Linken aufgefordert werden, im ganzen Reiche eine Organiſation zu ſchaffen.

Wohltätigkeit

Skizze von Maria A. Hirſch

Es war wieder ein Wohltätigkeitsfeſt zu Ende. Auf der breiten Freitreppe ſtanden zwei Damen und ſahen in das Gewühl am Fuße derſelben. Unſchlüſſig ſtanden ſie da. Hier ſollte man nun hindurch. — Schmierige Hände würde man ihnen entgegenhalten. Schmierige Hände würden nach ihren Kleidern greifen. Sie ſahen einander an — und verſtanden ſich. Sie hatten beide dasſelbe gedacht: zudringliches Pack! Nicht genug, daß man Zeit opfert, Feſte arrangiert, man möchte ſie auch noch perſönlich beſchenken!

Mit einem Male klaffte da unten eine breite Lücke. Nun war ein günſtiger Augenblick. Frau Profeſſor klatſchte dreimal in die Hände. Das Zeichen für den Kutſcher — vorzufahren. Er kam auch ſofort. Aber er konnte nicht durch. Niemand ging zur Seite. Alle ſtarrten nach der Lücke hin. — Da lag, ſich windend, ein Menſch in Krämpfen. Und eine Frau beugte ſich weinend und jammernd darüber und verſuchte das Kind aufzuheben. Das Röcklein glitt dabei zur Seite und — dünne, nackte Beine wurden ſichtbar.

Einer verſuchte einen Witz: „Bei der Hitze — mitten im Dezember, geht die ohne Schuh und Strümpfe!“ Es lachte niemand.. Da hatte die Frau die beiden Damen erblickt. Sie atmete auf. Und ſchrie: „Ach! Liebe, gnädige Frau — Ihr Wagen fährt da in der Nähe bei uns vorbei. Ich bitte Sie herzlich. Wie ſollte ich ſonſt mit dem Mädel heimkommen?“

Alles ſah nun auf die „gnädige Frau“ und die erkannte: Ablehnen darfſt du hier nicht! Sie ſah auf die andere „Gnädige“. Die nickte und ihre Augen ſagten: Wir werden ſonſt angepöbelt! Die Damen ſtiegen ein. — „Wir haben aber nur zwei Sitze im Wagen,“ ſagte die Frau Profeſſor, den Kopf zurückwendend. „Bringen Sie das Mädel zum Kutſcher.“

Viele Hände hoben den zuckenden Mädchenkörper und legte ihn oben zum Kutſcher. Der machte die Beine breit, damit das biſſchen Menſchenelend ein wenig Platz hatte. Er war ſchon ungeduldig — denn der Regen floß in Strömen — und fuhr davon.

Und hinter dem Wagen lief eine Mutter mit ſchwerem Herzen her. Sie hob, im Innerſten entſetzt, immer wieder die Hände: Mein Gott! Wie kam das Kind zu Krämpfen? Sollte denn das Elend nicht alle werden! Da hatte ſie nun heute gedacht, einige Pfennige zu erbetteln; denn gewöhnlich gaben die Teilnehmer vom Wohltätigkeitsfeſte einen Zwanzig- oder Fünfzig-Pfennigſchein — wenn man ſie anrief. —

Keuchend wurde der Atem der Frau. Die naſſen Röcke hinderten beim Laufen. Aber ſie mußte mit. Sie mußte dem Kutſcher ſagen, wo er halten ſolle. Und wenn ſie nicht rechtzeitig zur Stelle war, ſo wurden die Damen ſicher ungeduldig. Solche Herrſchaften werden ja ſo leicht ungeduldig.

Und ſie keuchte weiter. Man mußte ja bald da ſein. — Einmal fiel ſie über einen Bordſtein. Es war aber auch ſo naß — und ganz dunkel — und der Kutſcher fuhr ſchnell.

Da hielt der Wagen. Die Frau keuchte heran. — Ein kurzes Leuchten ging über ihr vergrämtes Geſicht. — Das Mädchen ſtand ſchon wieder feſt auf den Beinen — und zeigte dem Kutſcher, daß ſie dort drüben zuhauſe wäre.

„Mutter“ — ſchrie ſie erſchreckt auf — als ſie die Frau keuchend, im gelöſten Haar, mit klatſchnaſſen Röcken, neben dem Wagen ſtehen ſah. „Mutter, — Du biſt hinter dem Wagen hergelaufen?“ „Na ja, freilich! Was ſoll' ich denn machen? Es war ja weiter kein Platz mehr! Geh, bedank' Dich bei der gnädigen Frau — Marie! Geh!“

Das Mädchen ſtrich das naſſe Haar aus dem Leidensgeſicht.

Langſam ging ſie bis zum Wagenfenſter — die Mutter hinter ſich herziehend. Sie ſpähte durch die naſſen Scheiben in das Innere des Wagens. Das Geſicht rötet ſich und jähzornig zerrt ſie die Mutter neben ſich.

„Kein Platz — ſagſt Du? Sieh mal — vier Mann haben da drinnen Platz. Zwei Plätze — ſind leer. Und laſſen Dich, Mutter, hinterherlaufen?! Pfui Teufel!!“ Sie ballte die kleine Fauſt, — die Mutter riß ſie erſchreckt vom Wagen weg.

Von den beiden Damen im Wagen war die eine ſehr blaß geworden. „Karl! — Fahren!“

„Zudringliches, undankbares Pack!“ ſagte die andere.

„Aergere Dich nicht! Es iſt ſchade, daß man dieſe Leute auch nur mit einem guten Auge anſieht. .. Schade um die Laufereien und Scherereien, die man damit hat.“ ...

„Ich glaube, ich kenne ſie wieder,“ — ſagte noch immer zornbleich die Frau Profeſſor.

„Wir haben neulich in der Kommiſſion über ein Geſuch von ihr beraten. Der Mann iſt Kriegsbeſchädigter — Gelegenheitsarbeiter. Das Komitee will die Milch für die drei unterernährten Kinder weiter beſchaffen. Sie iſt auch für Weihnachten vorgemerkt. Eines von den drei Göhren ſoll mit drei Jahren fünfzehn Pfund wiegen. Ach! Dieſer ewige Aerger mit ſolchem Gelichter! Aber ich werde Sorge tragen, daß das Komitee von der Frechheit dieſer Blaſe erfährt, ſie kann ſich ihre Milch im Monde ſuchen.“

Aufgeregt fährt ſie ſich mit dem duftenden Spitzentüchlein über das zarte, weiße Geſicht.

Der Regen rinnt und rieſelt durch den grauenden Morgen... Die zwei Damen im Wagen ſind in eifrigſter Unterhaltung über das heutige und das kommende Wohltätigkeitsfeſt. Und wenn ſie einmal nicht plaudern, dann ſitzen ſie im Geiſte neben ihrem Tiſchnachbar an der von Kriſtall und Blumen ſtrotzenden Tafel. Dem Tiſchnachbar, der ſo glänzend konverſiert, und beim Sektkelchheben ſo herzbezwingend in die Augen ſchauen kann. Sie ſtellen befriedigt bei ſich feſt, daß die Toiletten ſämtlicher anweſender Damen doch nicht an die eigene heran können und nehmen ſich vor, beim nächſten Feſt auf alle Fälle wieder den Rekord zu ſchlagen. . . .

Und drei arme, Kindlein werden ſich, wenn die Laune der Dame ſich nicht bald beſſert, in Zukunft ihre Milch im Monde ſuchen müſſen.

Philoſophie in der Schule

Die Kantgeſellſchaft, die ſich mit der Verbreitung philoſophiſcher Probleme auf wiſſenſchaftlicher Baſis beſchäftigt, hatte kürzlich eine Verſammlung einberufen, in welcher drei in der Oberlehrerſchaft und Univerſitätswelt bekannte Perſönlichkeiten über die Fragen des philoſophiſchen Unterrichts an den höheren Schulen referieren ſollten. — Dr. Freitag hielt ſich in Form und Inhalt an die herkömmliche Lehrart der höheren Schule. In zwei Stunden wöchentlich ſoll in den oberſten Klaſſen eine Ueberſicht über die hauptſächlichſten Probleme der Philoſophie gegeben werden. Außerdem ſollen die Grundlagen für eine Weltanſchauung durch Beſchäftigung mit der Pſychologie, Logik und Aeſthetik geſchaffen werden.

Im Gegenſatz hierzu verlangte der zweite Referent, Dr. Behrend, ein freieres Verfahren. Philoſophie ſoll kein Unterrichtsfach ſein, ſondern von früheſter Jugend an mit allen Fächern in der Schule verknüpft werden. An einzelnen Beiſpielen wurde gezeigt, wie bereits in der Quarta an der Form der geometriſchen Lehrſätze, Vorausſetzungen und Beweiſe in das logiſche Denken eingeführt werden könne, und wie dann ſpäter an dem mathematiſchen Begriff der inneren und äußeren Teilung das alltägliche Denken erweitert werden könnte. Weſentlich iſt immer, daß an das Gegebene angeknüpft wird. Das Ziel iſt vollſtändige Durchtränkung des geſamten Unterrichts mit philoſophiſchem Denken, wobei Philoſophie ſo wie von der Marburger Schule als Theorie der Theorie verſtanden werden muß.

Profeſſor Spranger von der Berliner Univerſität zeigte die ganze Problematik, in der ſich die Philoſophie befindet. Die Philoſophie, die Anſpruch darauf erhebt, die feſte Wiſſenſchaft zu ſein, erweiſt ſich als die allerunbeſtimmteſte. Es gibt heutzutage kein namhaftes Syſtem der Philoſophie. Die Philoſophie iſt auch nicht eine rein rationelle Spekulation, ſondern neben die Erkenntnis tritt das Bekenntnis. Daraus ergibt ſich die Schwierigkeit, Philoſophie zu unterrichten. Man hat die Wahl, entweder ſeine Philoſophie darzuſtellen und damit etwas Feſtes, aber Einſeitiges zu bieten, oder die verſchiedenſten philoſophiſchen Syſteme zur Auswahl auszubreiten. Der zweite Weg ſcheint ihm der richtige zu ſein, wenn er auch bei den Studenten weniger beliebt iſt. Philoſophie darf kein Unterricht in Geſchichte der Philo-

Der italieniſche Parteitag

(Von unſerem Sonderkorreſpondenten)

Zweiter Verhandlungstag.

W. Livorno, 16. Januar.

Die ſtürmiſche Erregung, mit der geſtern der Kongreß eingeſetzt hatte, hat ſich heute noch geſteigert, ſo daß die Verhandlungen teilweiſe ausgeſetzt werden mußten. Es iſt ganz offenbar, **daß die Arbeiten des Kongreſſes planmäßig von der extremen Linken ſabotiert werden,** was ihr durch die unverhältnismäßig große Zahl der Delegierten ganz beträchtlich erleichtert wird, da es der Verſammlungsleitung einfach unmöglich iſt, die dreitauſend Teilnehmer zu überwachen. Saß geſtern die Linke faſt geſchloſſen beiſammen, ſo hat ſie ſich heute auf den ganzen Raum verteilt und entzog ſich damit noch mehr der Kontrolle.

Als erſter erhielt der bulgariſche Kommuniſt Kabaktſchoff das Wort. Er überbrachte den Gruß ſeiner Partei ſowie des Exekutivkomitees der dritten Internationale und verlas zunächſt in franzöſiſcher Sprache ein Schreiben des Exekutivkomitees an den Kongreß. Soweit dieſes einen Ueberblick über die wirtſchaftliche Lage Europas gab, wurde es ruhig angehört, als es aber die ſchwerſten Vorwürfe gegen den Genoſſen Serrati erhob und ihn gar zum Vorwurf machte, daß er wohl bereit ſei, einige Reformiſten zu opfern, um den Reformismus in Italien zu retten, **brach die überwältigende Mehrheit des Kongreſſes in einen ſtürmiſchen und leidenſchaftlichen Proteſt aus.** Als gerade in dieſem Augenblick Serrati im Kongreßſaal erſchien, verwandelte ſich der Proteſt in eine ebenſo machtvolle Ovation für den von Moskau ſo unglaublich geſchmähten Vorkämpfer des italieniſchen Proletariats. Man brachte ſtürmiſche Hochrufe auf Serrati aus, ſchwenkte die Hüte, und aus den Logen warf man ihm Blumen zu.

Erſt nach halbſtündiger Unterbrechung kann die Verleſung fortgeſetzt werden. Aber ſofort erhebt ſich ein neuer Sturm, als in dem Schreiben behauptet wird, daß Serrati, da er die Vorausſetzungen für eine Revolution in Italien vermiſſe, notwendigerweiſe gezwungen werde, auch die Taktik der Reformiſten anzunehmen. Nun legt Kabaktſchoff, der inzwiſchen die Verleſung des Moskauer Schreibens einer italieniſchen Kommiſſion in italieniſcher Sprache übertragen hatte, dem Kongreß die Frage vor, ob er die Worte Moskaus anhören wolle oder nicht. Als der Sturm aber weiter tobt, verbeſſert er ſeine Frage, die für einen Augenblick die Spaltung in größte Nähe rückt, und verwandelt ſie in eine Bitte, daß das Schreiben angehört werde. Serrati ſelbſt unterſtützt dieſe Bitte dringend. „Auch wenn die von Moskau gebrauchten Worte bisweilen hart und verletzend ſind," meint er, „ſo gebietet doch die Sorge um die italieniſche Revolution, daß die Bitte befolgt wird. Die fortwährenden Unterbrechungen könnten den Eindruck erwecken, daß es uns an Argumenten fehle. Wir werden nachher darauf antworten, ohne in den von Moskau beliebten Ton zu verfallen." Jetzt erſt kann die Verleſung ohne weitere nennenswerte Unterbrechung fortgeſetzt werden.

Auch der weitere Teil beſteht nur in einer ſcharfen Polemik gegen Serrati. Insbeſondere wird ihm ein Widerſpruch gegen die Moskauer Auffaſſungen in der Agrarfrage zum Vorwurf gemacht, und die ſchon früher von Moskau der italieniſchen Bauernbewegung gegebene Deutung wiederholt. Serrati ſei dieſer Bewegung deswegen entgegengeſetzt, weil er überhaupt Gegner der Revolution ſei. Schließlich wird Serrati noch vorgeworfen, daß er die „gelbe Internationale", die ein Beſtandteil der 2. Internationale ſei, unterſtütze und ſomit auch in dem Fahrwaſſer der deutſchen Unabhängigen treibe. Das Schreiben fordert auf, die Moskauer Theſen und Bedingungen ohne Vorbehalt anzunehmen.

Die Nachmittagsſitzung, bei der Frau Argentina Altobelli ſehr energiſch präſidiert, wird ganz mit der Rede des Profeſſors Baratono ausgefüllt, der im Namen der Einheitskommuniſten ſpricht. Gleich zu Beginn der Rede ſetzt ein heftiger Lärm ein, weil Baratono die Extremiſten als Gegner bezeichnet. Dieſer Lärm wiederholt ſich, ſo daß Baratono mehrmals eine halbe Stunde lang am Sprechen gehindert wird. Baratono führte etwa aus:

„Ich kann nicht glauben, daß das Schickſal des Kongreſſes heute ſchon beſiegelt und daß jede jetzt noch gehaltene Rede mithin überflüſſig ſei. Ich kann nicht glauben, daß die Auseinanderſetzungen nichts mehr an den Entſcheidungen des Kongreſſes zu ändern vermögen. **Das heute vormittag verleſene Schreiben der dritten Internationale kann ich nur für eine Epiſode in der internationalen Politik Moskaus halten,** denn der Anwurf, wir wollten einige Reformiſten opfern, um den Reformismus in der Partei zu erhalten, kann doch von niemand ernſt genommen werden. (Rufe: Jawohl! Zur Abſtimmung!) Was Graziadei geſtern ausgeführt hat, haben wir großenteils ſchon längſt geſagt. Warum betrachtet er uns jetzt als ſeine Gegner? Warum behandelt man uns als Sozialdemokraten? Wir verſtehen vollkommen die Ueberlegungen, welche zu den in Moskau ausgearbeiteten Bedingungen geführt haben, und wir werden darum unſerer Rechten die Frage vorlegen, ob ſie ſich dieſen unterzuordnen bereit iſt, trotzdem unſere Rechte vielleicht ſchon heute der Linken entſpricht, die in Frankreich vor kurzem den Anſchluß an Moskau beſchloſſen hat. Dadurch, daß die dritte Internationale ſelbſt in unſere Debatten eingegriffen hat, ſind dieſe ſehr erſchwert worden. Man hat uns vorgeworfen, daß wir in Italien die Gelegenheit gehabt hätten, die Revolution zu entfachen, daß wir aber in dieſer entſcheidenden Stunde zu weich geweſen ſind, und daß wir dieſe Gelegenheit ausgeſchlagen haben. Ich beſtreite, daß wir in der von Moskau vorausgeſetzten Möglichkeit geweſen ſind. **Eine Revolution iſt an Bedingungen geknüpft, die in dem Augenblick der Fabrikbeſetzungen nicht gegeben waren und die auch heute noch nicht gegeben ſind. Der Wunſch allein darf nicht zu Aktionen verleiten, die ſchließlich nur mit dem Verluſt aller bisher von dem italieniſchen Proletariat errungenen Poſitionen, mit der Vernichtung ſeiner mühſam erreichten Autorität enden.** In dieſer Auffaſſung befinden wir uns in voller Uebereinſtimmung mit Karl Marx. Wir ſtimmen auch mit Moskau darin überein, daß die Stellung der Bourgeoiſie heute überall erſchüttert iſt, um die von Moskau geforderte Aktion zu entfeſſeln. Moskau antworten wir: Erlaubt, daß wir die Lage in Italien mit unſeren eigenen Augen ſehen und daß wir ſelbſt über die notwendigen Handlungen entſcheiden. Wir ſind bereit, uns für Euch zu opfern, aber wir wollen gleich zu gleich mit Euch ſprechen können und nicht nur Eure Befehlsempfänger ſein." Dann kommt Baratono ausführlich auf die Vorgänge anläßlich der Fabrikbeſetzungen zu ſprechen und verteidigt die damalige Haltung der Partei. Ausführlich verbreitet ſich dann Baratono für die Diktatur des Proletariats. **Eine Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit von Arbeitern ſei in Italien nicht möglich.** Baratono ſchließt ſeine dreiſtündige Rede mit dem Wunſche, daß die Kommuniſten geſchloſſen in einer Partei bleiben.

Eine vorgeſehen geweſene Nachtſitzung fällt aus, da die einzelnen Fraktionen unter ſich zuſammenzutreten wünſchen. Es ſcheint, als habe Baratono, deſſen Rede eine unerwartet deutliche Abſage an die Rechte darſtellte, für die extremen Kommuniſten eine neue Lage geſchaffen. Im Augenblick erſcheint ein Zuſammengehen der extremen Kommuniſten mit den Einheitskommuniſten, oberflächlich betrachtet, nicht unwahrſcheinlich. Bedenkt man aber, wie die Linke, die zwiſchen dieſen beiden Fraktionen beſtehende Kluft künſtlich erweitert und wie vollends Moskau ſeinen Kampf gegen die Serratigruppe eine perſönliche Schärfe gegeben hat, ſo muß man ein ſolches Zuſammengehen ſo gut wie ausgeſchloſſen halten.

Blutiger Zuſammenſtoß in Italien

Nach einer Stefanimeldung fand in Caſtellammare eine Proteſtkundgebung ſtatt, weil die dortige ſozialiſtiſche Stadtverwaltung einem Platz den Namen „Spartakusplatz" gegeben hatte. Bei dieſer Kundgebung wurde vom Dach des Rathauſes ein Revolverſchuß abgefeuert, durch den ein Carabiniere verwundet wurde. Es kam zu einem Zuſammenſtoß, bei dem mehrere Perſonen getötet oder verwundet wurden.

Die Waffenverſchiebungen in Erfurt. Zu den Mitteilungen in der Angelegenheit der Erfurter Waffenverſchiebungen wird amtlich gemeldet, daß im Einvernehmen mit der Staatsanwaltſchaft eine Unterſuchungskommiſſion eingeſetzt worden iſt, die aus einem Oberregierungsrat des Reichsſchatzminiſteriums, einem Direktor der Reichs-Treu-Hand-Geſellſchaft und einem Reviſor des Rechnungshofes des Deutſchen Reiches beſteht.

Verſchiebung der internationalen Arbeitskonferenz. Wie der Vorſitzende des ſchwediſchen Gewerkſchaftsbundes Thorberg im „Dagens Nyheter" mitteilt, hat das internationale Arbeitsbureau in Genf beſchloſſen, die große Arbeitskonferenz, die im Mai d. J. abgehalten werden ſollte, auf Oktober zu verſchieben. Die Konferenz, die in Genf ſtattfinden wird, wird ſich hauptſächlich mit den die Landarbeit betreffenden Fragen beſchäftigen.

* * *

Die Fortſetzung der Verſammlung der Vorſitzenden der Betriebsräte, der Delegierten der Gewerkſchaftskommiſſion und der Orts-Afa findet am Sonnabend, den 22. Januar 1921, vormittags 9½ Uhr, in der Bockbrauerei, Fidicinſtraße, ſtatt.

Die Vorſitzenden der Betriebsräte müſſen einen von der Firma geſtempelten Ausweis ihres Betriebsrates vorzeigen, die übrigen erhalten ihren Ausweis von den Organiſationen. Ohne dies und Mitgliedsbuch ſowie Betriebsratskarte der freigewerkſchaftlichen Betriebsrätezentrale kein Zutritt. Die Ausweiſe der Betriebsräte ſind am Eingang abzugeben.

Freigewerkſchaftliche Betriebsrätezentrale.
Gewerkſchaftskommiſſion Berlins und Umgegend.
Ortskartell der Afa.

Groß-Berlin

Prügel für Verſäumnis der Schulfeiern am 18. Januar!

Wir erhalten aus unſerem Leſerkreis folgende Zuſchrift: „Ihren Rat habe ich befolgt und meinen Jungen am 18. Januar nicht zur Schule gehen laſſen. Die Folge war, daß er am 19. Januar mit zwei anderen Jungen derartige Stockſchläge auf die Hand bekommen hat, daß ſie geſchwollen war. Ich mußte ihn deshalb auch am 20. Januar noch zu Hauſe behalten, weil die Hand noch geſchwollen war. Ich habe nun meinem Jungen einen Brief an den Lehrer mitgegeben, in dem ich dieſen meine Meinung dargelegt habe. Der Lehrer iſt ein Herr Neubauer von der 120. Gemeindeſchule."

Wie uns weiter mitgeteilt wird, liebt es dieſer Lehrer, ſich mit den Kindern ſehr häufig über Politik zu unterhalten. Er ſchwärmt mit ihnen von den herrlichen Kaiſerzeiten, er iſt „kaiſerlicher" Domſänger und ſehnt heftig die früheren Zeiten zurück. Vor den Kindern ſchimpft er auf die Arbeiter, auf die Arbeiterpreſſe „Freiheit" und „Rote Fahne" und fragte die Kinder auch, in welcher Zeitung ſie die Aufforderung geleſen hätten, nicht zur Schule zu gehen. Die drei Kinder, die erklärt haben, in der „Freiheit" und in der „Roten Fahne", erhielten Hiebe.

Nach unſerer Auffaſſung wäre es vor allem Aufgabe des Elternbeirates dieſer Schule, dieſen kaiſertreuen und etwas übereifrig patriotiſchen Herrn über die Grenzen ſeiner Schulrechte zu belehren. Der berühmte Schulerlaß Wilhelms II., wonach die Volksſchule „nutzbar gemacht werden ſoll, um den ſozialdemokratiſchen und kommuniſtiſchen Irrtümern entgegenzuwirken", gilt nämlich heute nicht mehr! Es iſt eigentlich ſeit dem 9. November genügend Zeit verſtrichen, daß ſelbſt ein Lehrer inzwiſchen erfahren haben dürfte, daß heute andere Erziehungsgrundſätze gelten, und es für den Unterricht in der Schule intereſſantere Gegenſtände gibt, als die Verherrlichung der davongelaufenen Hohenzollern. Wenn es dem Beherrſcher des Schulreiches, Herrn Conrad Haeniſch, nicht möglich iſt, einem anderen Geiſt in die Volksſchule und in die Lehrer zu tragen, ſo muß die Arbeiterſchaft durch ihre Organe dafür ſorgen, daß derartige Vorkommniſſe unter allen Umſtänden unterbleiben.

Die verſchobene Kondensmilch

Der Verein gegen das Beſtechungsweſen, Berlin, teilt mit: Der vor dem Wuchergericht des Landgerichts I Berlin vor kurzem beendete Beſtechungsprozeß gegen Marcilier und Gen. verdient die beſondere Beachtung der ſtaatlichen und ſtädtiſchen Bewirtſchaftungsſtellen. Karl Marcilier war der 27jährige junge Mann in der Reichsfettſtelle, der ſich raſch das Vertrauen ſeiner Vorgeſetzten erwarb, **welche alsdann alles unterſchrieben,** was er ihnen vorlegte. Der Potsdamer Stadtſekretär Fritz Domke war der erfahrene Beamte, den niemand zu kontrollieren wagte. Die Gerichtsverhandlung ergab die erſtaunliche Tatſache, daß Domke nach Aufdeckung der Schiebungen im Amt belaſſen wurde, weil andernfalls die Verſorgung der notleidenden Potsdamer Bevölkerung — gefährdet ſei. Domke forderte die Kondensmilch für die Stadt Potsdam an und Marcilier teilte ſie der Stadt Potsdam zu, obwohl Potsdam längſt ſein Quantum bekommen hatte und eine geringe Kontrolle an einer der beiden Stellen dies hätte ergeben müſſen. Es handelte ſich um ausländiſche Kondensmilch, deren Geſtehungspreis aus den Milliardenzuſchüſſen des Reiches „geſenkt" war. Marcilier und Domke ſchoben die Milch zum „geſenkten" Preis von 3,00 M. ihren Helfershelfern zu und dieſe verkauften ſie mit Hilfe der von Domke ausgefertigten amtlichen Dokumente für 7,60 M. an den Großhandel. In den Verbrauch kam die Milch mit etwa 9 M. pro Doſe. Die Hauptſtraftat war **Betrug, begangen am Reich,** ferner Beſtechung und unlautere Machenſchaften. Karl Marcilier erhielt 9 Monate Gefängnis, ſeine Tante Betty Marcilier, die Verführerin, 7 Monate, Stadtſekretär Domke unter Zubilligung mildernder Umſtände (?) 6 Monate, der Schankwirt Max Marcilier 3 Monate und der Bäckermeiſter Fritz Lange in Potsdam, der Strohmann Domkes, 2 Monate. Domke trifft aber außerdem als Folge der Verluſt ſeiner Stellung.

Unſerem Redaktionsarchiv fehlen die Nr. 209 und 210 der „Roten Fahne" (Oktober 1920). Genoſſen, die in dem Beſitz dieſer Nummern ſind und dieſe gegen Entſchädigung abgeben, wollen ſich freundlichſt an unſere Redaktion wenden.

Friedenau. Sonnabend, abends 7 Uhr, Neues Rathaus, Zimmer 146, Fraktionsſitzung.

4. Diſtrikt, 13. Abteilung. Genoſſen und Genoſſinnen des Südoſtens, die ſich nach der Spaltung bei der alten Partei (Criſpien-Ledebour) noch nicht gemeldet haben, ſowie alle „Freiheit"-Leſer werden zu dem am Sonntag, den 23., vormittags 10 Uhr, im Lokal von Peiſker, Cuvryſtraße 11, ſtattfindenden Diskutiermorgen eingeladen.

Referenten und ſonſtige intereſſierende Genoſſen werden gebeten, ſich ebenfalls zu beteiligen.

Der Touriſtenverein „Die Naturfreunde", Sitz Wien, Ortsgruppe Berlin, veranſtaltet durch ſeine Abteilung Norden am Sonnabend, den 22. Januar, abends ¼8 Uhr, in der Aula des Luiſenſtädtiſchen Gymnaſiums, Gleimſtraße 49, einen Lichtbildervortrag: „Waldwanderungen durch die Mark Brandenburg". Der Eintritt beträgt 2 M., für Schulkinder in Begleitung der Eltern iſt der Eintritt frei.

Ungebetene Gäſte in Warteſälen. Die überaus ſcharfe Kontrolle, die ſeitens der Sicherheitspolizei in der Neuen Schönhauſer und den umliegenden Straßen ausgeübt wird, hat eine ungeahnte Folge gehabt. Die von dort vertriebenen Schieber haben ſich verſchiedene Warteſäle der Fernbahnhöfe als neuen Zufluchtsort ausgeſucht und beläſtigen dort die Reiſenden ſo ſtark, daß die Ueberwachungsabteilung der Eiſenbahn-Direktion verſchiedene Streifen und Patrouillen eigens dazu eingerichtet hat, um den Verkehr in den Warteſälen in den Nachtſtunden beſonders zu überwachen. Beſonders ſchlimm ſind die Warteſäle des Stettiner Bahnhofs, des Bahnhofs Charlottenburg und des Bahnhofs Zoologiſcher Garten heimgeſucht, in denen ſich ein regelrechter Hehlerverkehr in den Nachtſtunden abwickelt. Die Schutzpolizei hat nunmehr ebenfalls ſich zur ſtändigen Ueberwachung der einzelnen Warteſäle entſchloſſen, ſodaß zu hoffen iſt, daß die Reiſenden, ohne Beläſtigungen fürchten zu müſſen, die Abfahrtszeit der Züge abwarten können.

Mord in Charlottenburg. In ſeiner Wohnung ermordet aufgefunden wurde heute morgen der 26 Jahre alte Schokoladenfabrikant Zink in der Leibnizſtraße 21, in Charlottenburg. Zink, der ſtudiert hat, ſtammt aus Indien und war während der Kriegs-

Soeben erſchienen:
Das kommuniſtiſche Manifeſt
Von Karl Marx und Friedrich Engels.
Mit einem Vorwort von Dr. Max Adler
Preis 2.— Mark.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2
Breite Straße 8–9.

ſophie ſein, ſondern aus dem engeren Kreis der Einzelwiſſenſchaften muß bis zur philoſophiſchen Welt- und Wertanſchauung vorgedrungen werden. Es kommt weſentlich darauf an, den Studenten kein beſtimmtes philoſophiſches Syſtem lernen zu laſſen, ſondern ſie philoſophiſch einzuſtellen, ſie zur philoſophiſchen Selbſtändigkeit heranreifen zu laſſen. Der heutige Univerſitäts-Lehrbetrieb iſt falſch. An die Stelle der Dogmatik eines Lehrſyſtems muß die philoſophiſche Eigenentwicklung des Studenten geſtellt werden.

Die Redner in der Diskuſſion ſchloſſen ſich zumeiſt den beiden letzteren Rednern an; ſie machten aber auch auf die Gefahren aufmerkſam, die bei einer zu frühen philoſophiſchen Einſtellung der Jugendlichen, den jungen Menſchen einen großen Teil ihrer Werturteile zerſtören würde, ohne ihnen etwas anderes an deren Stelle zu bieten.

M. K-l.

Die Polizei gegen den Futurismus. Seine Majeſtät von Preußen hatten in Ihrer Krone viele Edelſteine, und einer war das ſeit anno domini Tobak verbriefte Recht, in beſtimmten dem Blicke des Monarchen häufiger ausgeſetzten Straßen Ihrer Reſidenzſtädte die dort Bauenden ſchikanieren zu können, wenn ſie nicht bauten im Geſchmack des oberſten Schirmherren der Kunſt. So z. B. Unter den Linden. Gegen die Schönheit dieſer Via triumphalis — wann endlich wird dort wieder unſere liebreizende, anmutige Prinzeſſin Viere lang fahren? — verſtieß wohl Schinkels Palais Redern? Jedenfalls ließ man es abtragen. Das an ſeiner Stelle entſtehende herrliche Hotel Adlon hob freilich die Weltſtadt in ihrem Glanz und trug viel dazu bei, Berlin doch noch zur ſchönſten Stadt der Welt werden zu laſſen. Auch der Scherlſche Depeſchenſaal mit ſeinen ſchönen blauen Reklameſchildern ſchmückte die hiſtoriſche Paradeſtraße — wenigſtens indirekt. Denn, die dort neugierig ſtanden, bekamen ja die letzten Nachrichten des Hofes zu leſen und waren brave, treue Untertanen. Da nun Majeſtät vorübergehend ins Ausland reiſten, droht ſein erlauchtes Faſſadenrecht am Ende einzuſchlafen??

Aber ein Polizeirat iſt manchmal noch **kaiſerlicher als der Kaiſer.** Die Baupolizei der Gemeinde Schöneberg verlangt ſofortige Entfernung einer Ladenreklame „in futuriſtiſcher Aufmachung mit grellbunten Farben" auf Grund des § 4 des Ortsſtatuts vom 10. Januar 1910 gegen die Verunſtaltung von Straßen und Plätzen. Wir möchten doch wirklich wiſſen, was an den langweiligen, grauen und etepeteten Faſſaden der geſetzlich geſchützten Straße „Am Park" eigentlich äſthetiſch geſchützt zu werden verdiente. Wem Farbe unangenehm iſt — den meiſten iſt noch immer Feldgrau die einzige „Farbe" —, braucht nicht hinzuſehen, und mit den Bäumen und Blumen des Parkes gehen die Farben der beiden Maler Götz und Weber, die ſich übrigens ihre Sache durchaus nicht aus dem Handgelenk geſchmiert haben, viel beſſer zuſammen, als die grauen Bürgertünchen der Talmi-Palazzos. Wir würden gern erfahren, mit welchem moraliſchen Recht ſich irgend eine Polizeibehörde anmaßt, eine ernſthafte künſtleriſche Arbeit unter Berufung auf „Aeſthetik" zu zerſtören!

Adolf Behne.

Die Lohnbewegung an der Staatsoper. Wie die Intendanz mitteilt, iſt der Konflikt zwiſchen ihr und dem Staatsorcheſter wegen der künſtleriſchen Nebentätigkeit der Kapelle befriedigend gelöſt worden. Wir hoffen, daß die Bedingungen des Vergleiches bald bekanntgegeben werden.

Neues von Mozart. Der franzöſiſchen Akademie ſind kürzlich zehn unbekannte Handſchriften von Mozart als Geſchenk übergeben worden. Die Manuſkripte befanden ſich in Rom und enthalten zehn Märſche, die Mozart in den Jahren 1775 und 1778 während ſeines Aufenthalts in Italien geſchrieben hat. Nach den Mitteilungen Sachkundiger ſind die Handſchriften von beſonderem muſikaliſchen Intereſſe, weil ſie Aufklärung über den Stilwandel geben, der ſich damals bei Mozart vollzogen hatte.

Tages-Notizen

Die Volkshochſchule Groß-Berlin eröffnet am 22. Jan. ihre 4. Lehrperiode. Am Sonnabend beginnen nachſtehende Vortragsreihen: E. Kretſchmer: Experimentelle Muſikwiſſenſchaft. Pſycholog. Inſtitut, Altes Schloß, 7 Uhr. — Dr. Rieh: Epoche der Weltgeſchichte. Reichstagsufer 6, 8 Uhr. — Dr. Schottmüller: Raffael und Michelangelo. Georgenſtr. 34-36, 7 Uhr. — Dr. Krauſe: Mikroſkopiſche Tierbeobachtung. Invalidenſtr. 43, 7 Uhr. — Prof. Conrad Schmidt: Marx' „Kapital". Neukölln, Boddinſtr. 34-36, 7 Uhr. — Dr. Buek: Die Erkenntnis der Wahrheit, ebenda, 7 Uhr. — Dr. Günther: Organiſche Chemie. Mittenwalder Str. 36-37, 7 Uhr. — Dr. Leubuſcher: Geſchichte der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung in Deutſchland. Wilmersdorf, Uhlandſtr. 91-92, 7 Uhr. — Dr. Conrady: Geſchichte der wirtſchaftlichen Theorien. Tegel, Humboldtſchule, 7 Uhr. — Dr. Sternberg: Einführung in die Philoſophie. Cöpenick, Körnerſchule, 7½ Uhr.

Sonntag beginnt: M. Müller-Neuhaus: Vom Kapitalismus zum Sozialismus. Oberſchöneweide, Fritſcheſtraße, Aula, 10 Uhr vorm. — Felix Linkes Vortrag über „Die wichtigſten Grundtatſachen aus Volk und Wirtſchaft" in Cöpenick, Körnerſchule, beginnt erſt am 27. Jan., abends 7 Uhr. — Karten an den bekannten Verkaufsſtellen und an den Abendkaſſen.

Veranſtaltungen der U. S. P. D. 14., 15. Diſtrikt und Charlottenburg: Sonntag, 23. Jan., 7 Uhr, Aula Zwingliſtr. 2, Kammermuſikabend des Wagheiterquartetts, einführende Erläuterungen des bekannten Muſikpädagogen Dr. James Simon. Karten 2,50 M. nur an der Kaſſe.

Veranſtaltungen von Reinickendorf. Ein Wagner-Liſzt-Abend mit dem Blüthner-Orcheſter findet Dienstag, 25. Jan., ½8 Uhr, in den Pankeriner Sälen ſtatt. Karten 3,50 M. in den Gemeindeverkaufsſtellen und bei Parteifunktionären. Erwerbsloſe haben freien Zutritt.

Theater. Am Montag iſt die Volksbühne Groß-Hamburg eröffnet worden. Sie wird Vorſtellungen in den meiſten Theatern Hamburgs geben, Muſeumsführungen, Kunſt- und Muſikabende veranſtalten. Der Preis für die Theatervorſtellung beträgt 4 M., für die Kunſtabende 60 Pf. — Im Frankfurter Schauſpielhaus findet am 28. Jan. die Uraufführung von Oscar Kokoſchkas Drama „Orpheus und Eurydike" ſtatt, das als Buch im Verlag Paul Caſſirer erſchienen iſt.

Die engagementsloſen Bühnenkünſtler der Genoſſenſchaft deutſcher Bühnenangehöriger veranſtalten am 21. Januar, 3 Uhr, im Wilhelmshof, Anhaltſtr. 12, ihre erſte Vollverſammlung.

Kunſt. Bei Gurlitt, Potsdamer Str. 113, wird ab 22. Jan. eine Kollektion von Richard Seewald, München, gezeigt. Gleichzeitig findet eine Ausſtellung Südſee- und altafrikaniſcher Plaſtiken und Geräte ſtatt. — Im Anſchluß an unſeren Artikel über die Kunſt in dieſem Augenblick am letzten Donnerstag verweiſen wir auf das ſoeben erſchienene Buch „Franzöſiſche Malerei ſeit 1914", von Otto Grautoff, das der Mauritius-Verlag Berlin mit zahlreichen Abbildungen nach neuen Zeichnungen, Holzſchnitten und Gemälden von Matiſſe, Vlaminck, Picaſſo, Derain, Léger, Gleizes u. a. herausgebracht hat.

zeit im Auswärtigen Amt beſchäftigt. Vor einem Jahr verheiratete er ſich mit einer Tochter des Tiſchlermeiſters Becker in der Leibnizſtraße 21. Weil er ſonſt keine Wohnung finden konnte, zog das Paar vorläufig zu den Schwiegereltern. Der Mann betrieb ſeitdem als Mitinhaber eine Schokoladenfabrik in Moabit. Das Ehepaar kränkelte ſchon ſeit längerer Zeit. Die junge Frau war wiederholt im Krankenhauſe. Seit acht Tagen war Zink bettlägerig zu Hauſe. Der Krankheit wegen ſchliefen die Eheleute in geſonderten Räumen. Die Frau bei ihren Eltern, der Mann in einem kleinen Hofzimmer. Geſtern war Zink zum erſten Male wieder aufgeſtanden. Abends um 10 Uhr legte er ſich wieder zu Bett. Als heute morgen ſeine Schwiegermutter ſein Zimmer betrat, fand ſie ihn im Bett regungslos auf dem Bauch in einer großen Blutlache daliegen. Allem Anſchein nach iſt er erwürgt worden. Wie bisher vermutet wird, von Einbrechern, die durch das offenſtehende Fenſter der Speiſekammer im Hof eingeſtiegen ſein mögen. Darauf läßt der Umſtand ſchließen, daß mehrere Koffer, die im Zimmer ſtanden, aufgeſchnitten ſind. Die Kriminalpolizei wurde ſofort benachrichtigt.

Leichenfund. In der Leibnizſtraße 21, im Gartenhauſe, wurde bei der Familie Becker ein Student mit Namen Zink ermordet aufgefunden. Der Ermordete iſt ein Ausländer. Die Mordkommiſſion iſt bereits am Tatorte.

Vorausſichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Mild und zeitweiſe etwas aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und friſchen weſtlichen Winden.

Gewerkſchaftliches

Gewerkſchaftsfunktionäre!

Die Fortſetzung der Verſammlung der Vorſitzenden der Betriebsräte, der Delegierten der Gewerkſchaftskommiſſion und des Ortskartells der Afa findet Sonnabend vormittag 9½ Uhr in der Bockbrauerei, Fidicinſtraße, ſtatt.

Die Vorſitzenden der Betriebsräte müſſen einen von der Firma geſtempelten Ausweis ihres Betriebsrats vorzeigen, die übrigen erhalten ihren Ausweis von den Organiſationen. Ohne dieſe und Mitgliedsbuch ſowie Betriebsratskarte der freigewerkſchaftlichen Betriebsrätezentrale kein Zutritt. Die Ausweiſe der Betriebsräte ſind am Eingang abzugeben.

Freigewerkſchaftliche Betriebsrätezentrale.
Gewerkſchaftskommiſſion Berlins und Umgegend.
Ortskartell der Afa.

Drohende Textilarbeiterausſperrung

Aus Textilarbeiterkreiſen wird uns geſchrieben:

Der Schutzverband niederrheiniſcher Seidenwebereien in Vierſen droht mit der Ausſperrung von ca. 2500 Beſchäftigten. Dieſer Schutzverband iſt eine Neugründung zu dem Zweck, den lohnpolitiſchen Beſtrebungen des Deutſchen Textilarbeiter-Verbandes im Vierſener Bezirk den Garaus zu machen. Die Vierſener Seidenarbeiterſchaft fordert Krefelder Lohntarif, die Fabrikanten von Anrat u. Schiefbahn, die gegen 900 Perſonen beſchäftigten und bisher zum Krefelder Arbeitgeberverband gehörten und Krefelder Tarif bezahlten, ſchloſſen ſich Vierſen an, weil Vierſen viel niedrigere Löhne hat und ſie hoffen dürfen, mit Hilfe der in Lohnfragen „chriſtlich“ erzogenen Arbeiter ihr Ziel zu erreichen. In Süchteln, Kempen, Dülken, Osrat gab es noch ſogenannte Außenſeiter, die keinem Arbeitgeberverband angehörten, jedoch den Krefelder Lohntarif anerkannten. Auch dieſe Herren zog es jetzt mit nach Vierſen, um vom Krefelder Lohntarif loszukommen. Schiller u. Craus in Kempen wollen mit dem Lohnbrechen den Anfang machen.

Die Firma erklärte den Arbeitern, daß ſie gern Krefelder Tarif weiter zahlen wolle, aber von Vierſener Verbandswegen nicht dürfe. Jetzt will der Schutzverband niederrheiniſcher Seidenwebereien in Vierſen der bedrängten Firma helfen. Er droht Ausſperrung aller Seidenarbeiter im Bezirk an. Die Arbeiterſchaft ſieht den kommenden Dingen jedenfalls gelaſſen zu; ſicherlich wird ſie alles daran ſetzen, daß aus der Erſtlingsarbeit kein Meiſterſtück wird.

Forderungen der Buchdrucker

Die Berliner Buchdrucker nahmen am Mittwoch Stellung zur Forderung einer Teuerungszulage. Maſſini gab Bericht über die erfolgten unternommenen Schritte zwecks Zuſammentritts des Tarifausſchuſſes. Nach lebhafter Ausſprache wurde mit ſtarker Mehrheit folgende Entſchließung angenommen:

> „Angeſichts der ſteigenden Notlage der Berliner Gehilfenſchaft und infolge der Verhandlungsſabotage der Prinzipalität bei der Frage der Einberufung des Tarifausſchuſſes fordert die Generalverſammlung vom Verbandsvorſtand die Einleitung einer Bewegung für eine neue Teuerungszulage.
>
> Sollte der Verbandsvorſtand für eine zentrale Regelung dieſer Forderung ſich nicht einſetzen können, ſo fordert die Generalverſammlung die Einleitung einer örtlichen Bewegung zur Durchführung der neuen Teuerungszulage.
>
> Die Generalverſammlung beſchließt infolgedeſſen: Wenn bis zum 27. Januar dem Verbandsvorſtand bzw. den Kreisvertretern nicht mitgeteilt iſt, daß der Tarifausſchuß zur Beſchlußfaſſung über eine neue Teuerungszulage in der erſten Februarwoche zuſammentritt, ſo ſind die Forderungen der Berliner Gehilfenſchaft durch den Gauvorſtand unmittelbar dem Verein Berliner Buchdruckereibeſitzer zu unterbreiten.“

Ein weiterer Beſchluß fordert eine laufende Kinderzulage für die Verheirateten.

Betriebsverſammlung Loewe. Die nächſte Betriebsverſammlung iſt nicht am Sonnabend, ſondern am Montag, den 24. d. M., mittags 12 Uhr, im Moabiter Stadttheater. Die Mitgliederverſammlung der organiſierten Metallarbeiter findet zwei Stunden früher ſtatt. Mitgliedsbuch iſt als Ausweis mitzubringen.

Delegiertenwahl im Zentralverband der Angeſtellten. Während in 16 Fachgruppen eine Verſtändigung über die Aufſtellung der Kandidaten erzielt wurde, muß in der Fachgruppe 18 ein Wahlgang ſtattfinden. In der Fachgruppe 18 ſind neben anderen Gruppen von Angeſtellten insbeſondere die Angeſtellten in den Gewerkſchaften und den Parteien organiſiert. Die „Rote Fahne“ läßt es ſich angelegen ſein, beſonders für die Liſte 3 einzutreten, indem ſie die Kandidaten der Liſte 4 Maſchke, Sehner, Arnold als Vertreter der Gewerkſchaftsbureaukratie bezeichnet. Dies Intereſſe der „Roten Fahne“ kennzeichnet zur Genüge die Auffaſſung der Kandidaten der Liſte 3. Jeder Angeſtellte der Gewerkſchaft und Partei, der auf dem Boden der Amſterdamer Internationale ſteht, muß ſein Wahlrecht ausüben und für die Liſte 4 Maſchke, Sehner, Arnold ſtimmen.

Mitteleuropäiſche Schlafwagen- und Speiſewagen-Aktiengeſellſchaft. Im Laufe der letzten Tage fand in Berlin im Verwaltungsgebäude der Mitropa eine Konferenz der Angeſtelltenobleute des geſamten Reiches mit der Berliner Angeſtelltenvertretung ſtatt, die Stellung nehmen ſollte zum Neuabſchluß eines Tarifvertrages. Nach ſorgfältiger zweitägiger Beratung wurde ein Entwurf fertiggeſtellt, der durch die dazu beauftragte Organiſation, dem Zentralverband der Angeſtellten, nunmehr der Direktion eingereicht wurde. Neben einer zeitgemäßen Erhöhung der Gehälter und einer Umänderung in der Art der zu gewährenden Zulagen ſind grundlegende Forderungen nicht erhoben. Da der Geſchäftsgang und Verdienſt des Unternehmens als ſehr gut zu bezeichnen iſt, die Direktion die Notwendigkeit einer Gehaltserhöhung auch einzuſehen ſcheint, iſt zu erwarten, daß auf dem Wege von Verhandlungen eine raſche Verſtändigung erzielt wird.

Die Volksfürſorge, gewerkſchaftlich-genoſſenſchaftliche Verſicherungsgeſellſchaft ſchreibt uns: „Die bekannten Maßnahmen der „Viktoria,“ die in den Kreiſen der bei ihr Verſicherten große Beunruhigung hervorgerufen haben, veranlaſſen uns, darauf aufmerkſam zu machen, daß die Rechnungsſtelle 1 Berlin, Engel-Ufer 18, werktäglich von 8-4 Uhr, Dienstags bis 7 Uhr und Sonnabends bis 1 Uhr geöffnet iſt. Dortſelbſt können alle Verſicherten koſtenlos ſachgemäß Auskunft in ihren Verſicherungsangelegenheiten erhalten, damit ſie nicht durch voreilige Schritte Schaden erleiden.“

Aus den Organiſationen

1. Diſtrikt. Frauenarbeits- und Kinderſchutzkommiſſion. Sonnabend abend pünktlich 8 Uhr bei Schweikardt, Alte Jacobſtr. 23-24.

Jugendweihe 12. Bezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Die Genoſſen werden gebeten, die Adreſſen der teilnehmenden Kinder bei nachſtehenden Genoſſen bis 1. Februar aufzugeben: Ortsvorſtände. Für Steglitz: Zachow, Stephanſtr. 8; Marquardt, Holſteiniſche Str. 31; Bohne, Treitſchkeſtr. 17; Müller, Berlinickeſtr. 5.

Charlottenburg. Sonnabend abend 7 Uhr gemeinſame Sitzung der Funktionäre und des Aktionsrats im Rathaus, Zimmer 4.

Vereinskalender

Zentralverband der Angeſtellten. Maſchinen- und Werkzeugbau und Gießereien. Die für heute abend angeſetzte Mitgliederverſammlung findet wegen der ſtattfindenden Afa-Funktionärverſammlung nicht ſtatt.

Lebensmittelkalender

Zehlendorf. Billige Marmelade gelangt wieder am Sonnabend, den 22. d. M., in der Oberrealſchule zur Ausgabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inſeratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorſt. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

U.S.P.D., 13. Diſtrikt.

Am 16. Januar ſtarb unſer alter Parteigenoſſe
Wilhelm Timpel
Gaſtwirt, Rammlerſtr. 5.
Die Einäſcherung findet am Mont., d. 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtſtr. ſtatt.
Ehre ſeinem Andenken!

Dankſagung

Sage hierdurch allen Kollegen, Freunden und Bekannten, vor allem dem Redner und den Sängern, ferner dem Wahlverein, Metallarbeitern und Arb.-Gt.-Bund-Weißenſee, für die Beweiſe herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichſten Dank.
Ww. Kubratz nebſt Kinder

Aus erster Hand
ab Engroslager **W. Reinecke, SW. Katzbachstr. 25.** Kurf. 214, an Jedermann: Feldbettst. 70.—, Stahlmatr. „Oulplus“ m. Unterl. h. 90 cm brt. 122.—, dreiteil. Auflagen 90.—, 160.—, 175.—, Kinderbettst. 190.—, große Metallbettst. 130, in Messing 325.—

Botenfrauen
werden verlangt
Spedition SPIEKERMANN, Pankow
Mühlenſtraße 20, Eingang Floraſtraße.

Spezialbehandlung
(Syphilis, Haut-, Harn- und Frauenleiden, Mannesschwäche)
Schnelle, ſichere, ſchmerzloſe Behandlung ohne Berufsſtörung.
Urin- und Blutuntersuchung, Salvarsankuren, Höhensonne. Größte Erfolge, ſpez. bei hartnäckigen Harnleiden, Brennen, Verengungen
Schmerzloſe elektriſche Durchleuchtung.
Aerztliche Leitung. **Heilanstalt Dr. Andrea** Ecke Bergſtraße. Unterſuch. koſtenl. Invalidenſtr. 147, 1. Etage. 2 Minuten v. Stettiner Bahnhf. Sprechſtunden 10—1, 4—8, Sonntags 10—12.

Botenfrauen
ſofort geſucht
Freiheit-Ausgabeſtelle
Marie Döring, Steinmetzſtr. 23.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulſter, Paletots, Damen-Koſtüme.
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Gertraudtenſtr. 20-21. Gegr. 1893.

WERNER, Greifswalder Straße 29

Botenfrauen
verlangt
I. Danziger Straße 26—30
Weißenburger Straße 24—62
Franſeckiſtraße 24—39
Prenzlauer Allee 195—206 u. 207—214
Rykeſtraße 20—39
II. Weißenburger Straße 63—84 u. 8—14
Metzer Straße ganz
Prenzlauer Allee 234—242
Straßburger Straße 23—36

Wer mit ſeinem Kautabak nicht zufrieden iſt, mache einen Verſuch mit dem ſeit vielen Jahren eingeführten
Kapitän-Kautabak.
Dieſe Sorte wird nur aus reinem amerik. Kentucky-Tabak hergeſtellt, daher der vorzügliche Geſchmack. Kapitän-Kautabak (Rollen, Schleifen) muß den Zettel enthalten: Kapitän-Kautabak geſetzlich geſchützt ſonſt weiſe man ihn als nicht echt zurück. — Neue Verkaufsſtellen werden eingerichtet und auf Anfrage gern mitgeteilt: Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22. • Fernſprecher: Königſtadt 3981.

Zur bevorſtehenden Landtagswahl
erſchienen ſoeben:
Die
Verfaſſung des Freiſtaates Preußen
Preis 2,00 Mark
*
Wahlgeſetz zum Preußiſchen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreistags-Wahlgeſetz
Preis 2,50 Mark
Organiſationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Unentbehrlich
für
Arbeiter, Angeſtellte, Parteigenoſſen
U.S.P.D. Taſchenkalender 1921
Gut gebunden :: 4.— Mark
Organiſationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichſt. (Nr. 108) Norden 108 21

Schriften für den Wahlkampf

Programm und Taktik der USP. Von Artur Criſpien . . . . Mk. 3.00
Die Frauen und das Räteſyſtem. Von Toni Sender. Mk. 1.20
Die Frauenerwerbsarbeit. Von Mathilde Wurm. Mk. 1.60
Das Schulprogramm. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USP. eingeſetzten Kommiſſion für das Erziehungs- und Bildungsweſen. — Mit einem Vorwort von Georg Ledebour . . . . . . Mk. 1.50
Willſt du arm und unfrei bleiben? Von Luiſe Zietz. Ein Aufruf an die Frauen des werktätigen Volkes. Herausgegeben vom Zentralkomitee der USPD. . . . . Mk. 0.30
Eine Abrechnung mit den Rechtsſozialiſten. Von Artur Criſpien. 32 Seiten . . . . . . Mk. 1.00
Der moraliſche Zuſammenbruch der SPD. Mk. 0.75
Ledebour vor den Geſchworenen. Von Georg Ledebour. Eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, bringt dieſe Schrift die wörtliche Wiedergabe der Verteidigungsrede, die Ledebour am 2. Verhandlungstag vor den Berliner Geſchworenen in Erwiderung der gegen ihn erhobenen Anſchuldigungen hielt . . . . Mk. 1.20
Der Mord an Karl Liebknecht und Roſa Luxemburg. Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten . . . . Mk. 6.00
Klaſſenjuſtiz. Chronologiſche Gegenüberſtellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre. Von Fritz Schneider . . . . Mk. 1.80
Die Diktatur der Demokratie . . . . Mk. 0.40
Was iſt Sozialiſierung? Von Karl Kautsky. Referat, gehalten auf dem 2. Reichskongreß der A.-, S.- und B.-Räte am 14. April 1919. Zweite erweiterte Auflage . . . . Mk. 1.50
Was iſt Sozialiſierung? Von Karl Korſch. Ein Programm des prakt. Sozialismus. Mit Anhang Mk. 1.50
Der Zuſammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. (Beobachtungen eines ehemaligen Feldſoldaten) . . . . Mk. 1.00
Die deutſche Arbeiter-Revolution. Gedenkſchrift über den Verlauf des erſten Revolutionsjahres 1918/19 . . . . Mk. 1.50
Die Kriegsſchuld der Rechtsſozialiſten. Von Heinrich Ströbel. Dieſe Schrift enthält Aufzeichnungen, die Ströbel, ehemaliger Redakteur des „Vorwärts“, aus intimſter Kenntnis aller Vorgänge bereits im Juli 1917 veröffentlicht hat. Man erfährt aus ihnen viele bisher unbekannte Tatſachen über die Haltung der Rechtsſozialiſten während des Krieges Mk. 2.00
Die Münchener Tragödie. (Entſtehung, Verlauf und Zuſammenbruch der Räterepublik München. Mk. 2.00
USPD. und Gewerkſchaften. Von Rob. Dißmann Mk. 0.50
Die Gewerkſchaften in der Revolution. Von Rich. Seidel . . . . Mk. 3.00
Die Verfaſſung des Freiſtaates Preußen Mk. 2.00
Wahlgeſetz zum preußiſchen Landtag, Provinzial-Landtags- u. Kreistags-Wahlgeſetz Mk. 2.50

Organiſationen bei Bezug größerer Partien bedeutende Preisermäßigung
Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geſchäftsſtelle: Berlin C 2, Breiteſtr. 8-9
Das Ueberſchriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgeſuche: Ueberſchriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Federbetten verkauft Lindner, Alte Jakobſtr. 84.

Seiden - Plüſchmantel. Hochelegant 490,— umſtändehalber reinwollene Flauſchmäntel 120,—, Gummimantel, Akrachanmantel, Prachtkoſtüm 148,—. Charlottenburg, Bismarckſtr. 59, II.

Genoſſen! Raglans, Ulſter, Schlüpfer, Anzüge, Cutaways, geſtreifte Hoſen, Wintermodelle, ſind eingetroffen in unübertroffener großer Auswahl von 500 Mk. an. Burgher, Reichenberger Straße 79, vorn II. Fahrverbindung Kottbuſer Brücke.

Gardinen, Stores, Künſtlergarnituren, Gelegenheitskäufe, ſtaunend billig. Deutſch, Landsberger Straße 13.

Bettwäſche. Reſtbeſtände aus unſerem Inventurverkauf und Kollektionsverminderungen bieten wir große Poſten Bettbezüge und Kiſſen leicht angeſtaubt zu enorm billigen Preiſen an. Nur ſolange Vorrat. Oberbett 75.—, Kiſſen 19.50, Laken 36.—. Fahrgeldvergütung. Bettwäſchefabrik, Putlitzerſtraße 1, Ecke Wilhelmſtraße.

Gehrock- u. Frackanzüge, Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Jackettanzüge, Ulſterpaletots aller Art, Hoſen aus beſten Friedensſtoffen, Maßverarbeitung, teilweiſe wenig getragen, verkauft ſehr preiswert Schnapek, Skalitzer Straße 128, Nähe Kottbuſer Tor (Hausnummer achten). Geſellſchaftsanzüge werden verliehen.

Bettwäſche, Fabrikpreiſe, Haſenheide 92.

Bettwäſche billig! Größerer Poſten angeſtaubter Bezüge und Kiſſen, Garnitur 88.—, Louiſiane 105.—, Laken 38.—, Inletts 145.—. Wäſchefabriken Stumpe u. Jäger, Gräfeſtraße neununddreißig (Haſenheide). Geöffnet bis 7.

Kreuzfüchſe, Alaskafüchſe, Rotfüchſe ſowie alle anderen Pelzwaren wegen vorgerückter Saiſon jetzt zu herabgeſetzten, ſtaunenerregend ſpottbilligen Preiſen! Alles neue, keine Verſatzwaren! Leihhaus, Warſchauer Straße 7.

Gelegenheitskauf. Selbſtgefertigte elegante Herrenanzüge 295,— Mark, Jünglingsanzüge 240,—, Auch, Wilhelmſtr. 40a, Kochſtraßenecke.

Näherweidlich. Leiterwagen, Kaſtenwagen und alle Sorten Erſatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenſtr. 96 (Humboldt 874).

Möbel

Schlafzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Sofa, Umbauten, Ruhebetten, Küchen. Zahlungserleichterung. Petersburger Straße 41.

Chaiſelongues 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Weiche, Auguſtſtr. 22a, Quergb.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badſtraße 34, Hausnummer achten.

Kaufgeſuche

Kempri-Band und andere Bänder kauft Körner, Havelberger Straße 14.

Kokoski, Goldſchmied, kauft zu günſtigen Preiſen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebiſſe, Brennſtifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenſtraße 168.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Fraker & Pilz, Schwedter Straße 256.

Werkzeuge u. Maſchinen

Kugellager jeden Poſten kauft Humb. 210, Schweigel, Naunynſtraße 22.

Spiralbohrer, Schmirgelleinewand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaſchinen, Stechbeitel alle Arten Zangen, Holz-, Schloß-, Maſchinenſchrauben kauft gegen ſofortige Kaſſe Werkzeughandlung Richthofenſtraße 10. Königſtadt 8807.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, jeden Poſten, kauft Schmidt, Köpenicker Str. 98b.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Maſchinenſchrauben und Altmetalle kauft Weßmannſtraße 22.

Kugellager kauft dauernd jeden Poſten Oberſtr. 46 (Laden) Tel. Kgſt. 2783.

Zündkerzen, alte und neue, Kugellager, Vergaſer, Magnete kauft laufend Fahrradgeſchäft, Schönhauſer Allee 162.

Spiralbohrer kauft Berger, Prenzlauer Str. 56 (Alexanderpl.)

Anſiedelungen

Selbstbau
Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Feldberndorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hülſen, Steglitz, Treitſchkeſtraße.

Tiermarkt

Hühner, friſchrote, große Beſtände eingetroffen. Zuchtgänſe. Borhagener Straße 6.

Legehühner verkauft Landsberger Straße 11.

Rieſenkaninchen verkauft Landsberger Str. 11

Mietgeſuche

Jüngerer Abonnent, ſucht möbl. Zimmer. „Freiheit“, Greifswalder Straße 29.

Verſchiedenes

Uhrreparaturen führt aus Born, Reichenberger Straße 7.

Faſt erblindeter Genoſſe empfiehlt ſich als Klavierſtimmer. Haſſelbach, Neukölln, Mainzer Straße 10.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialiſierung und die Machtverhältniſſe der Klaſſen“ leſen. Preis 1.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße